

# **Regionaltag Attac Bayern am 28.April 2018 in Nürnberg**

## **Workshop 3: 10 Jahre Finanzkrise**

**Protokoll: Gerd, 03.05.2018**

Leitung Alfred Eibl und 2 Teilnehmer

Die fortwährende und weiter verschärfte Finanzkrise wurde am Beispiel der Steuervermeidung von Unternehmen und Konzernen innerhalb der EU dargestellt und diskutiert. Beispielhaft wurde aufgezeigt, wie Apple, Amazon, Ikea etc. durch Verlagerung ihrer Gewinne in EU-Länder mit niedriger Besteuerung ihr Steueraufkommen minimieren. Dies wird ermöglicht durch unterschiedliche tax-rules in den EU-Ländern, wie z.B. niedrige Unternehmenssteuern in Irland, Malta etc., Nichtbesteuerung von Lizenzgebühren zwischen Mutter- und Tochterkonzernen (Ikea) in den Niederlanden bzw. überhöhte konzerninterne Verrechnungspreise/ Darlehenszinsen in Ländern mit höheren Steuerabgaben zu Gunsten solchen mit niedriger Versteuerung, Gewinnverschiebung in Stiftungen usw. Das heißt, Gewinne werden nicht dort besteuert, wo sie erwirtschaftet werden, sondern dort, wo die Steuersätze besonders niedrig sind bzw. durch Finanzinstrumente anfallende Steuern reduziert werden können. So kann z.B. Apple jährlich ca. 13 Mrd Steuern vermeiden. Damit gehen EU weit Steuereinnahmen in Höhe von etwa 500 Mrd. bzw. ca. 1% des Bruttosozialprodukts verloren. Abhilfe könnte geschaffen werden, durch einheitliche Steuersätze und eine Gesamtkonzernsteuer, wie es in den USA Gesetz ist, die dann je nach Umsatz/ Gewinn/ Belegschaft auf die einzelnen Länder verteilt wird.

Zwar gibt es Initiativen zur Vermeidung dieser Steuertricks einzelner Finanzminister bzw. im EU-Rat, wobei insbesondere Deutschland als Bremser auftritt. Die Realisierung stößt aber auf folgende Schwierigkeiten:

- a) Um eine vergleichbare Steuerpolitik in allen EU-Ländern durchzusetzen, müssen alle EU-Länder zustimmen. Dies scheint aber gegenwärtig eher unwahrscheinlich.
- b) Vergleichbares gilt für die EU-weite Einführung einer Gesamtkonzernsteuer, für die aber auch ein einstimmiger Beschluss aller EU-Länder Voraussetzung ist.

**Was bleibt also zu tun:** Öffentlicher Druck und EU-strategischer Ungehorsam.